

Warum Palantir zum Risiko für die Schweiz wird

Jennifer Steiner

Lorenz Naegeli

Balz Oertli

Marguerite Meyer

Adrienne Fichter

Wird Zürich nun von den Palantir-Augen übernommen? Rund 60 Mitarbeitende arbeiten in der Stadt an der Entwicklung und dem Vertrieb verschiedener Softwareprodukte.

Zürich dient dem US-Unternehmen Palantir als Drehscheibe für seine Geschäftsbeziehungen. Wegen seiner umstrittenen Tätigkeiten in Gaza beschäftigt sich nun auch das Aussendepartement mit der Firma. Teil 2 unserer Recherche.

Von Adrienne Fichter, Marguerite Meyer, Lorenz Naegeli, Balz Oertli, Jennifer Steiner (Text) und Klawe Rzczy (Illustration), 09.12.2025

Diesen Beitrag anhören

0:00 / 21:12

Palantir ist die derzeit wohl umstrittenste Tech-Firma der Welt. Sie erwartet für das laufende Jahr einen Umsatz von über 4 Milliarden Dollar und steht für viele als Sinnbild einer Tech-Dystopie. Die Softwareprodukte des Unternehmens führen unterschiedliche Daten zusammen und erstellen daraus Lagebilder. Wer Palantir-Software installiert, integriert damit ein ganzes Betriebssystem, das beispielsweise auf alle Datensilos einer Verwaltung Zugriff hat.

Für Armeen liefert die Software Informationen, die Tötungsentscheidungen beeinflussen, der Polizei dient sie als Überwachungstool, und auch grosse Unternehmen nutzen Palantir für Prozessoptimierungen und als Entscheidungshilfe.

Das Unternehmen hat weltweit Kunden aus den Bereichen Militär und Verwaltung. Auch der Schweizer Staat stand auf der Wunschliste des Tech-Konzerns – doch zum Geschäft kam es nicht, wie der erste Teil dieser Recherche zeigt. Die Bundesämter und die Schweizer Armee scheuten bisher eine Zusammenarbeit. Was die Schweizer Behörden abschreckt, scheint jedoch kein Hindernis für die hiesige Standortförderung zu sein.

Unsere Recherche zeigt im zweiten Teil:

Die Schweiz wurde zu einem wichtigen Standort für Palantir – allerdings nicht im Kanton Schwyz, wie bisher bekannt, sondern in Zürich. Die Mitarbeiterinnen arbeiten an zentralster Lage: am Zürcher Bahnhofplatz 1. Der Ableger spielt gemäss eigenen Angaben des Unternehmens eine zentrale Rolle für Palantirs weltweites Geschäft.

In Zürich beschäftigt die Firma 60 Mitarbeiter. Einige Entwicklerinnen arbeiten hier an der Software Foundry, die auch im militärischen Bereich eingesetzt werden kann. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten prüft derzeit, ob diese Tätigkeit unter das Söldnergesetz fällt und deshalb meldepflichtig ist.

Das Amt für Wirtschaft Zürich äussert sich nicht zu den Beziehungen zu Palantir. Es lehnt auch Öffentlichkeitsgesuche nach Dokumenten rund um die Ansiedlung des US-Unternehmens ab. Nun gerät das Amt aber in die Kritik der

Rekursinstanz. Kantonsrätinnen der SP und der Grünen fordern Antworten vom Regierungsrat.

Zu Gast in den Zürcher Palantir-Büros

Als die Republik und das Recherchekollektiv WAV im Sommer 2025 erstmals Palantir per E-Mail kontaktierten und um ein Treffen baten, waren die Erwartungen gering. Der Konzern gilt als sehr verschlossen.

Eine erste Anfrage vom letzten Juli beantwortete das Tech-Unternehmen denn auch erwartungsgemäss negativ. Um uns ein Bild vor Ort zu machen, suchten wir die Räume in der Zürcher Löwenstrasse auf, wo Palantir laut Handelsregister eine Niederlassung hat. Doch vor Ort trafen wir auf eine Treuhandfirma, die uns abwimmelte. Kurz darauf meldete sich eine Anwaltskanzlei im Auftrag von Palantir und fragte nach dem Grund unseres Besuchs. Wir baten erneut um ein Gespräch.

Kurz darauf folgte ein Gesprächsangebot von Palantir für den 10. Oktober – allerdings an einer anderen Adresse: am Bahnhofplatz 1, gleich neben dem Zürcher Hauptbahnhof. Vor Ort trafen wir auf zwei leger gekleidete Herren in Sneakers, die sich als Alec und Courtney vorstellten.

Alec McShane leitet das europäische Handelsgeschäft von Palantir und betreut vor allem die Beziehungen zu Privatkunden. Courtney Bowman ist der Schweizer Ansprechpartner für Medienschaffende; offiziell trägt er den Titel Global Director of Privacy and Civil Liberties Engineering.

Derzeit erhält Palantir besonders viele Fragen rund um Datenschutz und Bürgerrechte.

Im Gespräch räumen die beiden Führungskräfte ein, dass die US-Firma in Europa ein erhebliches Reputationsproblem hat. Man fühle sich missverstanden und nicht richtig gewürdigt – etwa von den deutschen Medien.

Tatsächlich wird in Deutschland seit Monaten über den Einsatz von Palantir-Software durch Polizeibehörden diskutiert. Kritikerinnen befürchten, dass selbst Menschen, die nur eine Anzeige erstatten oder Opfer einer Straftat werden, wegen Palantir ins Visier der Behörden geraten könnten. Die Software durchsucht nämlich sämtliche Datensilos wie ein Staubsauger und erstellt Profile, Muster und Analysen.

«Ja, wir stehen unter Druck. Und das beeinflusst unser Geschäft», sagt Bowman. Man werde falsch wahrgenommen und müsse daher die Kommunikationsstrategie neu ausrichten.

Und: «Das ist auch der Grund, warum wir Sie heute eingeladen haben.»

Das Zürcher Büro befindet sich in einem Co-Working-Space mit direktem Blick auf den belebten und von Baustellen geprägten Bahnhofplatz. Drinnen herrscht eine völlig andere Atmosphäre: An diesem Freitagnachmittag ist ausser einer Mitarbeiterin, die uns am Eingang empfängt, niemand im Büro. Bowman und McShane berichten, dass Palantir hier seit 2 Jahren eingemietet sei.

Das rund einstündige Gespräch verläuft erstaunlich offen, die Palantir-Führungskräfte nehmen Stellung zu allen Kritikpunkten. Sie wollen in diesem Gespräch einige «Missverständnisse» klären.

Denn die Schweizer Behörden haben offenbar grosse Skrupel, Verträge mit Palantir abzuschliessen. Und das ist ein Problem für das US-Unternehmen.

Vorläufiger Sieg für die TransparenzDie Zürcher Behörden geben sich zum Thema Palantir sehr zugeknöpft. Auf eine ausführliche Anfrage zu den Bedingungen rund um die Ansiedlung von Palantir in Zürich teilt der Sprecher der kantonalen Volkswirtschaftsdirektion lediglich mit: «Aus Gründen des Datenschutzes ist es uns nicht möglich, Ihnen Auskunft über einzelne Firmen zu erteilen.» Auch ein Gesuch nach dem Zürcher Öffentlichkeitsgesetz bleibt erfolglos. Die Direktion von FDP-Regierungsrätin Carmen Walker Späh verweigert jede Einsicht in eine mögliche Kommunikation rund um die Palantir-Ansiedlung – mit der Begründung, sämtliche Informationen unterlägen dem Geschäftsgeheimnis der Firma. Bemerkenswert ist das vor allem deshalb, weil identische Angaben zu Googles Ansiedlung in der Vergangenheit ohne weiteres offengelegt wurden. Das ablehnende Schreiben trägt die Unterschrift von Fabian Streiff, dem Chef des Amts für Wirtschaft, über den die Republik im Zusammenhang mit Googles Ausbau in Zürich bereits berichtet hat. Streiff sitzt auch im Verwaltungsrat der «Greater Zurich Area». Die Ansiedlung von Tech-Konzernen wie Google oder Palantir wirft ethische, soziale und stadtpolitische Fragen auf – und angesichts ihrer internationalen, teils militärischen Geschäfte auch rechtliche. Das sieht offenbar auch die Rekursinstanz innerhalb der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion für Öffentlichkeitsgesuche so: Ende Oktober heisst sie den Rekurs der Republik und des Recherchekollektivs WAV gegen die pauschale Ablehnung des Gesuchs gut und rügt das Zürcher Amt für Wirtschaft. Dieses muss jetzt die Dokumente einzeln durchgehen und erneut beurteilen, welche es für eine Veröffentlichung freigibt.

Privatkunden-Manager McShane sagt: «Ja, wir haben unsere Produkte verschiedenen Stellen angeboten, bisher jedoch ohne Erfolg. Wir sind weiterhin sehr offen für eine Zusammenarbeit.»

Die Befürchtung der Schweizer Armee, aber auch von deutschen zivilgesellschaftlichen Aktivistinnen, dass sensible Daten in die USA abfliessen könnten, sei unbegründet, betont Palantir. Die Kunden behielten stets die volle Kontrolle über ihre Daten und sämtliche darauf aufbauenden Analyse- und Entscheidungsprozesse.

Doch auch ohne Regierungskunden ist die Schweiz für Palantir ein strategisch wichtiger Markt, wie McShane sagt: «Wir pflegen hier langjährige Partnerschaften, die unser Engagement auf den globalen Märkten und die Weiterentwicklung unserer Produkte wesentlich geprägt haben.» So arbeitet das US-Unternehmen mit einer «kritischen Masse» führender Schweizer Firmen zusammen, darunter Ringier, Swiss Re, die ehemalige Credit Suisse und Novartis. Eine konkrete Zahl nennt der Palantir-Manager nicht.

«Der Standort Zürich ist wichtig für das weitere Wachstum unseres europäischen Geschäfts», sagt Bowman. Palantir-CEO Alex Karp sei ein Fan der Schweiz und regelmässiger Besucher des Zürcher Büros.

Auf diese Aussagen scheinen die Zürcher Standortförderer jahrelang hingearbeitet zu haben. Denn gleich zwei halböffentliche Standortorganisationen bemühten sich in den letzten Jahren um die Ansiedlung von Palantir in der Schweiz, wie die Recherche der Republik zeigt.

Entzückte Standortorganisationen

Aus einem verwaltungsinternen Dokument geht hervor: Ein Kantonsvertreter aus dem Aargau verfasste 2016 ein Schreiben an das Staatssekretariat für Migration. Er witterte das grosse Geschäft für die Schweiz: Das bekannte US-Unternehmen

Palantir plane ein «IT Onshoring». Das bedeutet: Das weltweite Geschäft sollte künftig nicht mehr aus den USA gesteuert werden, sondern von einem europäischen Standort aus. Der Kantonsvertreter bat die Migrationsbehörde um ein Referenzschreiben, das die Attraktivität seines Kantons unterstreichen sollte.

Dann nahm die Landesregierung die Sache persönlich in die Hand. 2018 besuchte der damalige SVP-Bundesrat Ueli Maurer im kalifornischen Palo Alto den Hauptsitz von Palantir. Organisiert wurde die Reise von der nationalen Standortförderorganisation «Switzerland Global Enterprise», die schon länger ein Interesse an einer Ansiedlung von Palantir in der Schweiz bekundet hatte.

Der Standortförderer fasste ebenfalls 2016 in einem schriftlichen Briefing die Anforderungen von Palantir an den künftigen Standort zusammen: ein attraktives Paket an (nicht näher definierten) Anreizen und Steuern, eine gute Verfügbarkeit von Fachkräften, Nähe zu urbanen Zentren, ein starker Tech-Cluster und sinngemäss unbürokratische Wege für Arbeitsbewilligungen.

Palantir plante, mehrere hundert Arbeitsplätze zu schaffen, und die Schweiz schien dem Unternehmen die besagten Wünsche zu erfüllen.

2021 folgte der Paukenschlag: Palantir verkündete den Aufbau seines Europa-Hubs – allerdings nicht im Aargau, sondern in der kleinen Tiefsteuergemeinde Altendorf im Kanton Schwyz. Auch CEO Alex Karp kündigte seinen privaten Umzug in den Kanton an. Dort zeigte man sich vor vier Jahren erfreut. Die Firma werde «qualifizierte Arbeitsplätze» in den neu entstehenden Tech-Cluster am Zürichsee bringen, sagte Urs Durrer, Vorsteher des Schwyzer Amts für Wirtschaft.

Die Standortmarketing-Organisation «Greater Zurich Area» veröffentlichte kurze Zeit später eine eigene Videoserie über die Palantir-Ansiedlung. Der Medienverantwortliche Courtney Bowman verrät auf der Website, dass er die «Greater Zurich Area» und den Schwyzer Wirtschaftsdirektor Durrer bei der Ansiedlung als «extrem hilfreich» erlebt habe. Ein paar Jahre nach dem medialen Trommelwirbel wird jedoch klar: Weder Alex Karp noch Palantir liessen sich dauerhaft im Kanton Schwyz nieder.

Zürich als Dreh- und Angelpunkt für Palantir

Im Juni 2025 machte Palantir vor allem wegen Aufnahmen von brutalen ICE-Agenten Schlagzeilen, die mithilfe ihrer Software Migranten aufgespürt hatten. Ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt publizierte die Standortorganisation «Greater Zurich Area» ein weiteres Imagevideo mit Palantir. Darin spricht der Medienverantwortliche Bowman über den Ausbau des Standorts in Zürich und verrät, dass ihn die Stadt an die frühen Tage des Silicon Valley erinnere.

Die Firma sei bereits seit mehreren Jahren in Zürich, sagt er im Video. Der Standort biete viele Vorteile: die Berge und Seen, die hohe Lebensqualität, Zugang zu Talenten und zu weltbekannten Bildungsinstitutionen. «Zürich ist ein Ort, an dem Leute leben wollen», sagt er.

Bowman sagt auch, die Stadt sei ein wichtiger «Dreh- und Angelpunkt» für das Wachstum von Palantir geworden: «Unsere Präsenz in Zürich bleibt ein wichtiger Teil unseres internationalen Geschäfts.»

Auch mit dem Schweizer Establishment ist Palantir mittlerweile gut vernetzt – vor allem mit dem Medienkonzern Ringier. Laura Rudas ist nicht nur Executive Vice President von Palantir, sondern war auch Verwaltungsrätin bei Ringier. Und Ringier-Verwaltungsratspräsident Marc Walder steht dem Verband

Digitaliswitzerland vor, bei dem auch Palantir Mitglied ist. Zudem ist Ringier langjähriger Palantir-Kunde und hat die Zusammenarbeit letztes Jahr für 5 weitere Jahre verlängert, unter anderem für die Entwicklung von KI-Projekten. Erst gerade bot der Medienverlag dem Palantir-CEO Alex Karp in Form eines unkritischen Interviews sogar eine Werbepattform für seine Produkte.

Wie aber sehen die Zürcher Standortorganisationen selbst ihre Rolle bei der Ansiedlung des umstrittenen Unternehmens? Die «Greater Zurich Area» gibt sich zurückhaltend und sagt, man habe Palantir nicht aktiv hergeholt. Die Firma habe hier ihre Zelte von sich aus aufgeschlagen.

Doch diese Antwort ist ein grosses Understatement.

Denn in Zürich entsteht derzeit ein riesiges System von Big-Tech-Unternehmen, das sehr wohl auf die guten Rahmenbedingungen in der Stadt zurückgeht und Folge einer aktiven Standortpolitik ist: niedrige Steuern, gut ausgebildete Arbeitskräfte und grosse politische Stabilität. Eine frühere Recherche der Republik zeigte, wie etwa Google Schweiz von der rot-grünen Stadtregierung und dem früheren Stadtpräsidenten Elmar Ledergerber (SP) umworben worden war. Das hatte Folgen, wie ein Beispiel zeigt: Das Energieunternehmen EWZ liess alles liegen, wenn ein Google-Mitarbeiter anrief.

Wie «Greater Zurich Area» auf der Website betont, hat die Region Zürich heute eine höhere Big-Tech-Dichte als das Silicon Valley. Google, Open AI, Microsoft, Meta und Apple bauen hier ihre europäischen Niederlassungen auf oder haben es bereits getan. Fast alle dieser Firmen sind in den letzten Jahren auch im militärischen Bereich aktiv geworden und liefern Produkte, die unter anderem Israel und dessen militärische Einsätze im Gazastreifen unterstützen.

Vor allem Palantir spielt hier eine zentrale Rolle (siehe auch Teil 1). Dazu kommt: Das Unternehmen hat soeben einen 10-Jahres-Vertrag über 10 Milliarden Dollar mit dem US-Militär unterzeichnet.

Spätestens an diesem Punkt stellen sich regulatorische Fragen für das neue Tech-Mekka Zürich. Konkret geht es um den möglichen Beitrag von Palantir an die militärischen Einsätze Israels in Gaza. Dürfen Produkte, die hier entwickelt und verkauft werden, ohne weiteres in Krieg führende Länder exportiert werden?

Zürich, little Big-Tech City Wird Zürich von der Bankenstadt zum Tech-Rüstungsstandort? Welche Bedeutung hat das im rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Kontext? Sollten öffentlich-rechtliche Standortorganisationen Unternehmen wie Palantir umwerben? Und welche Verantwortung tragen wir als städtische Gesellschaft, wenn wir von diesen globalen Geschäften profitieren? Darüber diskutieren WAV- und Republik-Journalistinnen am 11. Februar mit eingeladenen Experten – und mit dem Publikum. Zur Veranstaltung.

Woran arbeitet Palantir in der Schweiz?

Im Gespräch mit McShane und Bowman wird deutlich, welche Rolle Zürich im Geschäft von Palantir heute einnimmt. Rund 60 Personen arbeiten in der Stadt an der Entwicklung und am Vertrieb der verschiedenen Softwareprodukte. Das bedeutet auch: Ingenieurinnen wirkten direkt vor Ort an Palantirs Produkten mit. Die Führungskräfte betonen jedoch, dass in Zürich nicht an der umstrittenen Gotham-Plattform gearbeitet werde, die vor allem in der Strafverfolgung und bei militärischen Einsätzen zum Zuge kommt. Stattdessen arbeiteten die Mitarbeiter an der Weiterentwicklung von Foundry mit, das überwiegend im zivilen Bereich zum Einsatz kommt.

Doch tatsächlich nutzen immer mehr staatliche Stellen Foundry. Bowman und McShane räumen ein, dass die Software auch im militärischen Umfeld genutzt werden kann. Sie wurde ursprünglich auch für die USA entwickelt, für die «Aufstandsbekämpfung» in Afghanistan und im Irak.

Daraus ergibt sich die Frage: Unterliegen die Tätigkeiten der Zürcher Palantir-Entwickler den Schweizer Exportkontrollvorschriften?

Nein, sagt das Unternehmen: Von Zürich aus würden keine Geschäfte mit direktem Bezug zu Israel getätigt.

Auch die Exportkontrollstelle des Staatssekretariats für Wirtschaft sieht dies so. Obwohl Palantirs Produkte klassischen Dual-Use-Charakter haben – also sowohl für zivile als auch militärische Zwecke genutzt werden können – und damit eigentlich unter das Güterkontrollgesetz fallen, gibt es hier eine Regulierungslücke. Für neue Technologien, insbesondere die KI, existieren bislang nämlich keine Exportkontrollen. Die Schliessung dieser regulatorischen Lücke wird derzeit intensiv in nationalen wie internationalen Gremien diskutiert.

In der Schweiz reichte die Solothurner SP-Nationalrätin Farah Romy am 24. September ein Postulat zu diesem Thema ein. Der Bundesrat solle sicherstellen, so ihre Forderung, dass in der Schweiz entwickelte, betriebene oder hergestellte Produkte und IT-Dienstleistungen nicht in internen oder internationalen Konflikten eingesetzt würden. Genau das könnte bei Palantir in Zukunft der Fall sein.

Die Rolle von Palantir in Gaza ruft nun aber das Schweizer Aussendepartement auf den Plan. Die Schweiz hat nämlich ein Söldnergesetz. Es betrifft Unternehmen, die von der Schweiz aus private Sicherheitsdienstleistungen im Ausland erbringen, und soll verhindern, dass Schweizer Firmen zu Menschenrechtsverletzungen beitragen. Logistische Unterstützung, etwa der Aufbau und die Instandhaltung von IT-Infrastruktur, fällt ebenfalls unter das Söldnergesetz.

In solchen Fällen besteht eine Meldepflicht. Die betreffenden Firmen werden vom Bund registriert und beobachtet.

Das Aussendepartement muss ernst zu nehmenden Hinweisen im Zusammenhang mit dem Söldnergesetz von Amtes wegen nachgehen. Aufgrund einer Anfrage der Republik und des Recherchekollektivs WAV sowie zahlreicher Medienberichte zu Palantir-Einsätzen ist das Departement nun aktiv geworden. Schliesslich räumt der CEO von Palantir selbst ein, dass seine Softwarelösungen auch Menschen töten können.

Ein Sprecher des Aussendepartements sagt auf Anfrage, man prüfe derzeit, ob eine Meldepflicht vorliegt.

Ist dies der Fall, müsste Palantir seine Tätigkeiten anmelden und durch eine Schweizer Behörde genehmigen lassen. Dann würde das Unternehmen offiziell auch als Schweizer Militär-Tech-Unternehmen gelten.

So machen Sie sich selbst unabhängig von Big Tech Lisa Rock Das Problem ist augenscheinlich. Zeit, etwas zu unternehmen. In unserem Newsletter «Bye-bye Big Tech» zeigen wir Ihnen in 5 Teilen in 5 Wochen, wie Sie digital unabhängiger werden – ohne auf Komfort zu verzichten. Jede Woche widmen wir uns einem Bereich Ihres digitalen Alltags, mit klaren Empfehlungen und einfachen Anleitungen zum Umstieg. Jetzt anmelden oder weiterempfehlen.

Kantonsräte fordern Antworten

Obwohl Palantir bei den Schweizer Behörden, dem Schweizer Geheimdienst und der Schweizer Armee bisher auf Granit gebissen hat, scheint das Unternehmen mit der Wahl von Zürich zufrieden zu sein.

Welche Bedingungen von Palantir die Schweizer Standortförderer genau erfüllt haben, ist noch ein Geheimnis. Deshalb bleibt auch unklar, ob Palantir ein Prinzip der kurzen Wege – also schnellen, direkten Kontakt mit den Behörden – und attraktive Steuerkonditionen erhalten hat wie Google Schweiz.

Fakt ist: Zürich ist mitverantwortlich für die Wachstumsstrategie von Palantir. Einem Unternehmen, deren Software immer öfter als tödliche Kriegswaffe gegen Zivilisten eingesetzt wird – und das offensichtlich kein Problem damit hat.

Die Recherche der Republik hat nun allerdings die kantonale Politik wachgerüttelt. Kantonsrätinnen fordern Antworten zum undurchsichtigen Deal zwischen dem Kanton Zürich und Palantir.

SP-Kantonsrat Felix Hoesch hat am 8. Dezember einen Vorstoss zum Thema Palantir eingereicht. Er will vom Regierungsrat unter anderem wissen, welche Rolle der Kanton bei der Anwerbung von Palantir gespielt hat.

Forderungen haben auch die grünen Kantonsrätinnen Benjamin Krähenmann und Selma l'Orange Seigo, die der Standortorganisation «Greater Zurich Area» schon länger kritisch gegenüberstehen. Die beiden Kantonsparlamentarier reichen am 9. Dezember eine Interpellation rund um das Thema Ansiedlung von Palantir in Zürich ein. Krähenmann sagt: «Die Wunschliste der Big-Tech-Konzerne wird bereitwillig erfüllt, während die lokalen KMU aussen vor bleiben. Solche Hinterzimmerdeals wie mit Palantir heizen das steuerpolitische race to the bottom weiter an.»

Auch sei Palantir nicht irgendein beliebiges Unternehmen, sondern eines, dessen Software gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werde – wie in den USA zum Aufspüren und Abschieben von Migrantinnen. Krähenmann: «Klar ist, dass ein solch menschenfeindliches Unternehmen keine Gefälligkeiten von staatlichen Stellen erhalten soll, um sich hier anzusiedeln.»

Zu den Co-Autorinnen Marguerite Meyer, Lorenz Naegeli, Balz Oertli und Jennifer Steiner sind Teil des Recherchekollektivs WAV. Das gemeinnützige Recherchekollektiv recherchiert mit unterschiedlichen Medienhäusern zu Themen, die im journalistischen Alltag oft untergehen. Diese Recherche wurde mit Unterstützung von Journafonds realisiert.